

MAGWAS-BLITZ-BRIEFING: Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik

Ausgangslage:

In den ersten acht Monaten dieses Jahres kamen über 200.000 Asylbewerber nach Deutschland, die von Ländern und Kommunen aufzunehmen zu versorgen und zu integrieren sind. Hinzu kommen über eine Million ukrainische Kriegsflüchtlinge, die vor dem russischen Angriffskrieg fliehen mussten und bei uns aufgenommen wurden.

Bundeskanzler Scholz hat in der Generaldebatte des Deutschen Bundestags am 6. September 2023 einen "Deutschland-Pakt" vorgeschlagen. In dem dazugehörigen Papier des Bundeskanzleramts finden sich auch vage Aussagen zur Migrationspolitik. Keiner der dort genannten Vorschläge ist neu. Hier werden noch nicht einmal die bereits in der Ministerpräsidentenkonferenz von Mai 2023 vereinbarten, aber von der Bundesregierung nicht umgesetzten Maßnahmen – wie etwa die Verlängerung des Ausreisegewahrsams und die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten – wiederholt.

Lösungsvorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Kapazitäten unseres Staates, der Ehrenamtlichen und der Zivilgesellschaft stoßen zunehmend an ihre Grenzen. Die Bundesregierung hat dennoch bisher keine ausreichenden Maßnahmen zur Begrenzung der irregulären Migration ergriffen. Um die gesellschaftliche Akzeptanz für das Asylsystem zu erhalten, ist das aber wichtig.

Als konstruktive Opposition nehmen wir den Bundeskanzler beim Wort, einen Pakt bezüglich der irregulären Migration schließen zu wollen – wenn dieser tatsächlich konkrete und wirksame Maßnahmen umfasst. Falls der Bundeskanzler ernsthaft die Zusammenarbeit wünscht, sind wir zu Gesprächen über gemeinsame Lösungen bereit. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Als **Sofortmaßnahmen auf nationaler Ebene** fordern wir u.a.:

- Die **Einführung von Grenzkontrollen** an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz;
- die **Liste der sicheren Herkunftsstaaten** um Georgien, Moldau, Indien sowie um die Maghreb-Staaten Tunesien, Marokko und Algerien zu **erweitern**;
- mit den relevanten Herkunftsstaaten **wirksame Vereinbarungen über die Rücknahme** ihrer Staatsangehörigen abzuschließen und dazu auch Instrumente wie etwa den Visa-Hebel einzusetzen.

Auf **europäischer Ebene** brauchen wir insbesondere folgende Maßnahmen:

- In den weiteren Verhandlungen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems dürfen **gegenüber dem gefundenen Kompromiss keine weiteren Abstriche** gemacht werden. Zudem fordern wir die Möglichkeit, Asylverfahren uneingeschränkt in sicheren Drittstaaten durchzuführen;
- **Unterstützung der besonders betroffenen EU-Außengrenzstaaten**; die EU muss die Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen mit den finanziellen Mitteln unterstützen, die diese für einen wirksamen Grenzschutz und zur Errichtung der erforderlichen Infrastruktur benötigen;
- eine Klarstellung im europäischen Recht, dass **Sozialleistungen** – auch nach Abschluss des Asylverfahrens – **nur im zuständigen Mitgliedstaat** bezogen werden können;
- eine Klarstellung im europäischen Recht zur **Möglichkeit der Zurückweisung** von Personen an den Binnengrenzen, die bereits in anderen Mitgliedstaaten einen Asylantrag gestellt haben oder eine Ablehnung erhalten haben.